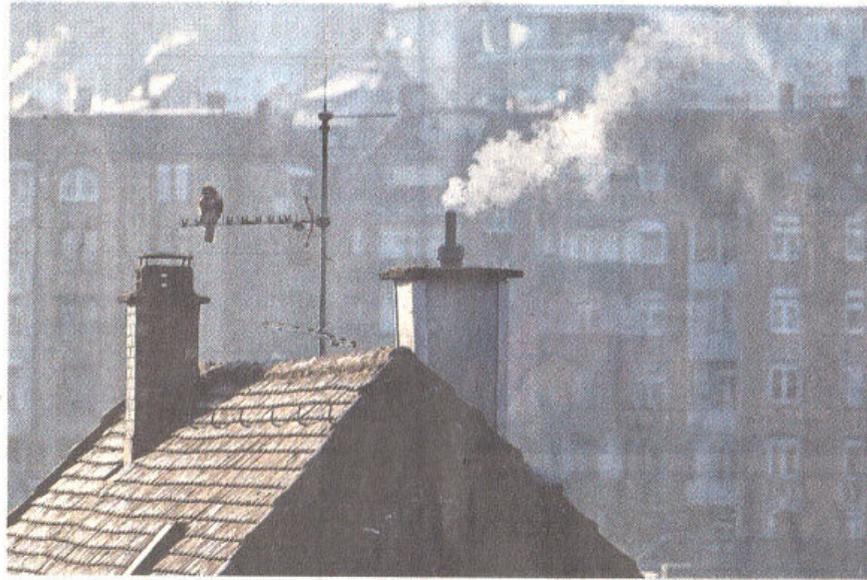


Soziale Schieflage der Klimapolitik

Klima-Expertenrat zieht gemischte Bilanz der Ampel-Jahre

Berlin – Der Expertenrat für Klimafragen hat eine gemischte Bilanz der Klimapolitik der Ampel-Regierung gezogen. Der Rückgang der Emissionen sei beschleunigt worden, die Genehmigungen von Windenergieanlagen an Land hätten zugenommen, und die Effizienz der Förderung im Gebäudebereich sei gestiegen, sagte der Vorsitzende des Gremiums, Hans-Martin Henning, am Mittwoch in Berlin. Ausreichend sind die Maßnahmen aber nach Einschätzung des Expertenrats noch nicht, insbesondere in den Bereichen Gebäude und Verkehr. Zudem beklagt er eine soziale Schieflage bei Förderprogrammen.

Schreibe man die Entwicklung der Emissionen linear fort, könne das Ziel, bis 2030 65 Prozent der Emissionen gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren, nicht eingehalten werden, sagte Henning. Der Leiter des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme mahnte eine „politische Gesamtstrategie“ an. „Klimaschutzpolitik als eigenen Pfad neben die anderen Politikfelder zu stellen, wird nicht funktionieren“, sagte er und erinnerte an das von der damaligen Kanzlerin Angela



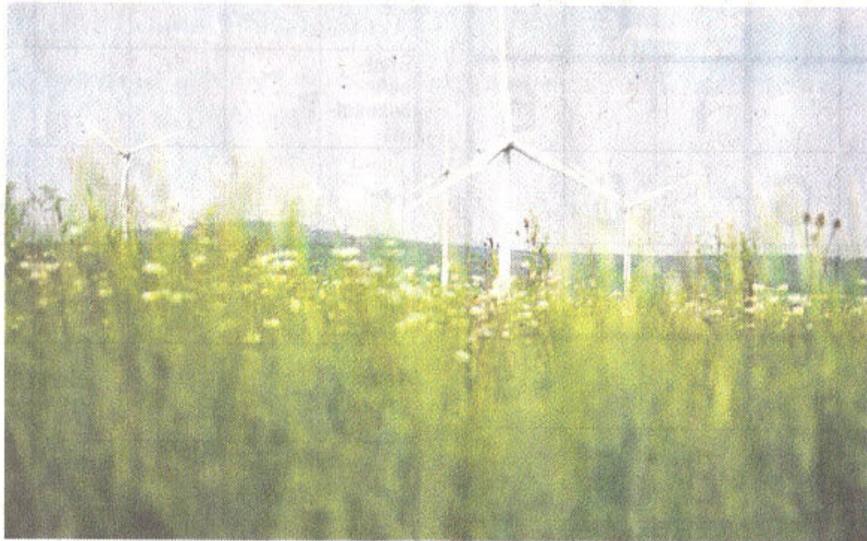
Vor allem im Gebäudesektor hat Deutschland in Sachen Klimaschutz noch Aufholbedarf.

MARIJAN MURAT/DPA



Von der Förderung von Wärmepumpen profitieren generell eher reiche Menschen.

SILAS STEIN/DPA



Trotz des Ausbaus der Windenergie ist das Erreichen der deutschen Klimaziele nicht sicher.

JULIAN STRATENSCHULTE/DPA



Bis Dezember 2023 förderte der Staat den Kauf von Elektroautos. Profitiert haben vor allem Wohlhabende.

HEIKE LYDING/EPD

Merkel (CDU) gegründete Klimakabinetts. Solch ein Gremium sei eine „vielversprechende Option“, sagte er.

Der unabhängige, fünfköpfige Rat hat den Auftrag, die Einhaltung des Klimaschutzgesetzes zu begutachten. Alle zwei Jahre muss er ein Gutachten über die Fortschritte bei der Einsparung von Treibhausgasemissionen vorlegen.

Soziale Staffelung der Förderung

Die stellvertretende Vorsitzende des Gremiums, Brigitte Knopf, beklagte bei den Förderprogrammen für klimafreundlichere Alternativen beim Heizen und im Verkehr eine Schiefelage zugunsten von Besserverdienenden. Primär seien bislang einkommensstarke Haushalte gefördert worden, sagte die Direktorin der Denkfabrik „Zukunft KlimaSozial“. Der Umweltbonus für die Anschaffung eines Elektroautos und die Gebädeförderung, etwa für Wärmepumpen, seien für obere Einkommen profitabel gewesen, sagte sie.

Der Expertenrat plädiert auch angesichts des steigenden CO₂-Preises, der ärmere Haushalte in der Relation deutlich stärker trifft, zu mehr und anderen Ausgleichsinstrumenten. Die Infrastruktur, vor allem Schienenverkehr und

Wärmenetze, müsse ausgebaut, und Förderprogramme müssten sozial gestaffelt werden. Auch regulatorische Maßnahmen etwa im Mietrecht, wie es sie bei der Aufteilung der CO₂-Kosten zwischen Vermieter und Mieter gegeben hat, bieten sich nach Ansicht des Expertenrats an.

Beim Deutschland-Ticket gebe es zwar Hinweise, dass dieses zu einer stärkeren Nutzung des ÖPNV und einer geringeren Nutzung von Pkw führe, schreibt der Rat. Umfragen deuteten aber darauf hin, dass tendenziell gebildete Pendler aus dem städtischen Umland profitierten. Die Klimaschutzwirkung hänge davon ab, ob Menschen langfristig auf öffentliche Verkehrsmittel umstiegen – noch seien hier Fragen offen.

Kritik von Umwelt- und Sozialverbänden

Umweltverbände werteten das aktuelle Gutachten als Warnschuss für die Politik. Die Parteien müssten im Wahlkampf Antworten liefern, wie sie das Klimaziel 2030 noch einhalten und soziale Gerechtigkeit fördern wollen, erklärte die Klima-Allianz.

Die Klimabewegung „Fridays for Future“ kritisierte eine „Verweigerungshaltung bei Verkehrs- und Wärmewende“,

Heizungsgesetz: Abschaffung „gefährlich“

Das viel diskutierte **Heizungsgesetz** sieht vor, dass neu eingebaute Anlagen spätestens ab 2028 mit 65 Prozent **erneuerbaren Energieträgern** betrieben werden müssen. Kommunen müssen je nach Größe bis 2026 oder 2028 **Wärmepläne** erstellen, die festlegen, welche Technologien und Energieträger für die jeweilige Region geeignet sind. Beides sind „relevante Instrumente“ bei der Umsetzung von EU-Vorgaben für Klimaschutz bei Gebäuden, befindet der Rat. Es sei aber umstritten, ob die Förderung mit sozialer Staffelung reicht, „um den **gesellschaftlichen Frieden** bei der Umsetzung zu wahren“. Er hielte es für „gefährlich“, das Paket aus Heizungsgesetz, Gebäudesanierung und Wärmeplanung wieder **zurückzudrehen**, sagte der Ratsvorsitzende Hans-Martin Henning. Planungssicherheit sei wichtig und auch das Erreichen der Klimaziele. Die **CDU** will das Heizungsgesetz abschaffen.

die Menschen unnötig in eine Abhängigkeit von Öl und Gas sowie in „fossile Kostenfallen“ treibe. „Das ist eine Absage an das Versprechen von bezahlbarem Klimaschutz“, sagte Sprecherin Carla Reemtsma. Die Diakonie forderte, es müsse sich ändern, dass Klimaschutz zu oft eine Frage des Geldbeutels sei. Bundesvorständin Elke Ronneberger forderte gezielte Förderprogramme und ein bundesweites Sozialticket für Bus und Bahn.

Hoher Investitionsbedarf

Fest steht: Der klimafreundliche Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft wird viel Geld

kosten. Studien, die der Expertenrat ausgewertet hat, sehen einen Investitionsbedarf von 135 bis 255 Milliarden Euro pro Jahr vor – eine gewaltige Summe. Sie entspricht 3,2 bis 6 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP), also der Wirtschaftsleistung. Aber ein beachtlicher Teil würde demnach bei Modernisierungen ohnehin ausgegeben, so der Rat. Da auch die Privatwirtschaft investiere, werde für den Staat wohl eine Finanzierungslücke im Umfang eines mittleren bis zweistelligen Milliardenbetrags pro Jahr bleiben.

Das ist ein Problem. Schließlich gibt es auch eine Diskussion um höhere Verteidigungs-

ausgaben, marode Schulen, bröselnde Brücken, Lücken in den Sozialsystemen, ganz zu schweigen von den Kosten, die die Erderwärmung noch auslösen wird. Der Staat müsse Prioritäten setzen, schreibt der Rat. Er müsse entscheiden, ob er mehr gesetzliche Vorgaben macht, die ihn nichts kosten, aber die Bürger – oder Geld in Fördermaßnahmen steckt.

Was heißt das für die deutsche Wirtschaft? Generell habe die deutsche Politik bisher nur versucht, klimaschädliche fossile Brennstoffe durch andere Energieträger zu ersetzen, so der Expertenrat. Doch wie viele Fachleute zweifelt er daran, dass Deutschland den Schwenk zu klimafreundlicherem Wirtschaften ohne Strukturwandel schafft. Die Herstellung vieler Rohstoffe dürfte günstiger möglich sein in Ländern mit viel erneuerbaren Energien, zum Beispiel, weil sie sonnenreicher sind.

Statt also Wasserstoff im großen Stil zu importieren, würden deutsche Unternehmen sich dann auf die Weiterverarbeitung von Rohstoffen konzentrieren. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) verfolgt eine andere Politik, er will bestehende Industriearbeitsplätze mit staatlicher Unterstützung in Deutschland halten.